

## **Wir sind das Volk – aber wer sind „wir“? Die Japan-Konferenz und ihre wachsende Popularität**

Mori,Ryoko

In: Sozial.Geschichte Online / Heft 24 / 2018

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt.

Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: <https://doi.org/10.17185/duepublico/47942>

URN: <urn:nbn:de:hbz:464-20190115-144340-6>

Link: <https://duepublico.uni-duisburg-essen.de:443/servlets/DocumentServlet?id=47942>

Rechtliche Vermerke:

lizenziert nach [\[Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0\]](#)

## Wir sind das Volk – aber wer sind „wir“? Die Japan-Konferenz und ihre wachsende Popularität

Im Dezember 2016 traf ich in Tokio nach langer Zeit einen alten Freund wieder, den Soziologen Toru Hijikata. Er beschwerte sich: „In letzter Zeit ist die Japan-Konferenz überall. Sie ist immer schon da, wo ich auch hingehe.“ Hijikata, der sich für die Verteidigung der japanischen Verfassung gegen die politische Rechte einsetzt,<sup>1</sup> hat es sich zur Aufgabe gemacht, die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte Japans an den Schulen zu fördern. Immer, wenn er zu diesem Zwecke eine Schule besuche, so erklärte er mir, wüssten die Jugendlichen bereits „Bescheid“, weil die Mitglieder der „Konferenz“ schon dagewesen seien und den Schülern ihre Vorstellungen eingetrichtert hätten. Ich selbst hatte den Namen „Japan-Konferenz“ (Nippon Kaigi) bis dahin noch nie gehört. Auf meine Nachfrage schickte mir mein Freund einige Internetbeiträge und YouTube-Videos. In einem Video, das mehrere Redebeiträge einer Konferenz dokumentiert, äußerte ein Redner unter großem Applaus: „Demokratie, Menschenrechte, Freiheit [...] wurden uns in der Schule eingepaukt. Wir sind eingeschüchtert. Daher wagt niemand mehr, etwas dagegen zu sagen. Schluss damit!“<sup>2</sup> Zu den Zuhörern gehörte auch Premierminister Shinzo Abe, Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei. Ich war schockiert und begann, der Sache auf den Grund zu gehen.

<sup>1</sup> Toru Hijikata, *Risukushakai to jitteiho to shite no kempo* (Die Risikogesellschaft und die Verfassung als positives Recht), in: *Kenporiron Kenkyukai* (Arbeitsgemeinschaft Verfassungstheorie) (Hg.), *Kikiteki jokyō to kempo* (Krisensituation und Verfassung), Tokio 2012.

<sup>2</sup> Ein Treffen der Politiker, die sich an der Japan-Konferenz beteiligen, veröffentlicht am 16. Juni 2016: [<https://www.youtube.com/watch?v=h9x2n5CKh8>].

## Die Japan-Konferenz und ihr „schönes“ Land

Die Japan-Konferenz (JK) ist derzeit die größte und einflussreichste Organisation der politischen Rechten in Japan. In ihrem Vorstand sitzen führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Industrie und Bildung. Es besteht ein enger Kontakt zur Regierung. 16 von 20 Ministern des dritten Abe-Kabinetts (August bis November 2017) waren Mitglieder der JK. Etwa vierzig Prozent der Abgeordneten des Unterhauses sollen Sympathisanten sein. In den letzten Jahren fand die JK immer mehr MitstreiterInnen, nicht nur in der Oberschicht, sondern auch unter einfachen Bürgern. Überall bilden sich kleine Gruppen. Dem Schriftsteller Yoshifumi Tawara zufolge gibt es zurzeit in allen 47 Präfekturen Japans lokale Niederlassungen. Die Großstädte haben sogar mehrere Ortsverbände. Beispielsweise gibt es in Tokio 19, in Saitama, einer nordöstlichen Nachbarstadt Tokios, 17, und in Kumamoto, der südjapanischen „Waldstadt“, ebenfalls 17 Ortsverbände. Andere große Städte wie Osaka, Aichi, Niigata oder Hiroshima haben jeweils mehr als zehn Ortsgruppen.<sup>3</sup> Dazu gibt es noch unzählige selbstständige Gruppen. Obwohl sie organisatorisch nicht zur JK gehören, basiert ihre Tätigkeit doch auf deren Ideologie. Das sogenannte „Verfassungs-Café“, ein Kleingruppentreffen, gehört dazu. Im Internet findet man zahllose Homepages dieser kleinen Foren. Bei ihren unten noch zu beschreibenden Unterschriftensammlungen hat die JK nach eigenen Angaben mehr als 7,5 Millionen Unterschriften gesammelt.

Die Japan-Konferenz hat zwei Vorläufer. Der erste entstand 1974 als „Verband zum Schutz Japans“, der sich gegen die 68er-Bewegung richtete.

<sup>3</sup> In Tokio gab es in Mai 2016 18 Ortsverbände, im September des Jahres 19. Vgl. Yoshifumi Tawara, *Nippon Kaigi no Zenbo* (Eine Gesamtgeschichte der Japan Konferenz), Tokio 2016, S. 110. Vgl. ders., *Abe Seiken wo sasaeru kyokuu-soshiki Nippon Kaigi wa nani wo mezasu ka* (Worauf zielt die Japan-Konferenz? Die rechtsradikale Organisation als Hochburg der Abe-Regierung), in: *Heiwa Undo* (Friedensbewegung), 548 (Dezember 2016), S. 2–10. Die englische Übersetzung erschien unter dem Titel: *What is the Aim of Nippon Kaigi, the Ultra-Right Organization that Supports Japan's Abe Administration?*, in: *The Asia-Pacific Journal / Japan Focus*, 21 (November 2017), 1, S. 1–23, hier S. 13: [<https://apjjf.org/-Tomomi-Yamaguchi/Tawara-Yoshifumi/5081/article.pdf>].

te.<sup>4</sup> Seine Mitglieder lehnten jede Art der Reform oder Demokratisierung ab und wollten sie mit allen Mitteln verhindern. Zu diesem Verband gehörten auch Anhänger der Neureligionen,<sup>5</sup> die in der Zeit der Meiji-Restauration und in den 1950er Jahren entstanden waren.<sup>6</sup> Diese shintoistischen beziehungsweise buddhistischen Gruppen waren sehr unterschiedlich, hatten aber doch eines gemeinsam. Sie lehrten, man dürfe nicht versuchen, die Gesellschaft zu reformieren, sondern müsse stattdessen an der eigenen Lebensführung arbeiten. Durch Fleiß, Sparsamkeit und Fügsamkeit könne man in sich verändernden Zeiten am besten überleben. Der zweite Vorläufer, die „Nationalkonferenz zum Schutz Japans“, wurde 1981 gegründet. Zu den Gründern gehörten führende Persönlichkeiten aus wirtschaftlichen, juristischen und akademischen Kreisen. Sie meinten, dass der „exzessive“ Individualismus die japanische Gesellschaft verderbe, und wollten die autoritäre Gesellschaftsordnung der Vorkriegszeit wiederherstellen. Zu diesem Zweck gründeten sie 1983 den „Verein für Sorge um Geschichtsbücher“. Das entfachte den sogenannten „Schulbuchstreit“ zwischen dem Verein,

<sup>4</sup> Seit Mitte der 1960er Jahre gab es immer mehr Studenten, die die Regierungspolitik kritisierten und mehr Demokratie an der Universität forderten. Von Mitte 1968 bis Anfang 1969 verbreitete sich die „Zenkyoto-Bewegung“ (Bund der kämpferischen Studenten) in Hunderten Universitäten und Tausenden Gymnasien. Dementsprechend gruppierten sich die rechten Studenten. Eine kleine Gruppe der Nationalisten, die 1966 an der Nagasaki-Universität gegründet worden war, breitete sich in andere Städte aus. So entstand 1968 eine landesweite Organisation, der „Nationalrat der Studenten“. Sie vereinigte sich 1974 mit den Rechtspolitikern und Leitern der Neureligionen im „Verband zum Schutz Japans“. Einige Organisatoren dieser Studentenorganisation spielen heute eine führende Rolle in der Japan-Konferenz. Vgl. Osamu Aoki, *Nippon Kaigi no shotai* (Das wahre Gesicht der Japan-Konferenz), Tokio 2016, S. 61–120.

<sup>5</sup> Der Ausdruck „Neureligion“ wird in der Religionssoziologie anstelle von „Sekte“ als wertneutrale Bezeichnung für religiöse Gemeinschaft außerhalb der traditionellen Kirche benutzt. In Japan entstanden zahlreiche neureligiöse Gruppen in den beiden Umbruchzeiten. Vgl. Yoshio Yasumaru, *Nihon nashonalizumu no Zenya* (Vorabend des japanischen Nationalismus), Tokio 1977, S. 72 f., Ryoko Mori, Die Konversion Kinoshita Naoes im Kontext geistiger Strömungen der Meiji-Zeit (1868–1912), in: Andreas Bähr / Peter Burschel / Gabriele Jancke (Hg.), *Räume des Selbst. Selbstzeugnisforschung transkulturell*, Köln [u. a.] 2007, S. 253–269, hier S. 256 f.

<sup>6</sup> „Meiji-Restauration“ steht für den Machtwechsel vom Edo-Shogunat zur Meiji-Regierung (1868) und für die von ihr geleitete Umgestaltung der Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Diese zentralisierende, nach Europa orientierte Reform führte zur kulturellen Transformation und zur sozialen Umschichtung.

der die „selbstverachtende Historiografie“ im Schulbuch abschaffen will, und verschiedenen Bürgerinitiativen, die darauf bestehen, dass sich die Geschichtsbücher mit den japanischen Kriegsverbrechen auseinandersetzen.<sup>7</sup> Bis heute ist noch kein Ende des Streites in Sicht.

1997 vereinigten sich beide Organisationen in der Japan-Konferenz, mit der Intention, eine „Nationalbewegung“ ins Leben zu rufen. Neben vielseitigen Aktivitäten zog die JK bereits bestehende Organisationen wie die Japanische Frauenvereinigung oder den Japanischen Jugendrat auf ihre Seite. Sie erweiterte ihre Ziele von der Änderung des Schulunterrichts auf das Thema Erziehung im Allgemeinen. 2006 wurde eine Zweigorganisation gegründet, die „Stiftung für die Wiederbelebung der japanischen Erziehung“. Es ist kein Zufall, dass im gleichen Jahr eine rechtsradikale Gruppe – eine Vereinigung von BürgerInnen, die die Privilegien der in Japan lebenden KoreanerInnen nicht dulden wollen – entstand. Logische Folge war zudem, dass die JK zu der Überzeugung kam, dass die gegenwärtige Verfassung sie daran hindere, ihr Ziel der Rückkehr zu einer vermeintlich idealen Vergangenheit zu erreichen. Im Oktober 2014 gründete die JK deshalb eine Aktionsgruppe, die „Bürgervereinigung zur Schaffung einer Verfassung für das Schöne Japan“, die als Bürgerbewegung auftritt. Diese Vereinigung strebt an, die gängige Verfassung zu revidieren, weil diese ihrer Ansicht nach dem japanischen Volkscharakter nicht angemessen ist.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Der „Schulbuchstreit“ steht für eine Reihe von Auseinandersetzungen in Bezug auf die Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg. Chauvinisten attackieren Schulbücher, die die verheerende Invasion Japans in asiatische Länder oder die japanische Militärdiktatur schildern, als „zu düster“, als „schädlich für Kinderseelen“ oder „masochistisch“. Der Schulbuchstreit begann 1965 mit einem Rechtsstreit, der bis heute andauert. Dieser endlose Rechtsstreit ist in der Zeitgeschichte weltweit beispiellos. Vgl. Takahiro Kondo, *Historical Issues in East Asian International Order from an Educational Perspective*, in: *Japanese Educational Research Association (Hg.), Educational Studies in Japan. International Yearbook*, 1 (2006), S. 37–48.

<sup>8</sup> Die Japan-Konferenz gibt an, dass es sich um eine „Revision“ der Verfassung handele. In Wirklichkeit ist ihre „Revision“ gleichbedeutend mit der Abschaffung der heutigen Verfassung, weil sie deren Grundprinzipien streichen will – etwa die Volkssouveränität, Unantastbarkeit der Menschenrechte, Garantie der individuellen Freiheit und internationale friedliche Zusammenarbeit. Anstelle des Volkes soll der Kaiser wieder zum Souverän werden. Die Gleichstellung der Geschlechter soll aufgelöst, das patriarchalische Familiensystem, wie es vor dem Krieg existierte, wiederbelebt werden.

Seit der Gründung dieser Bürgervereinigung dehnt sich der Einfluss der JK kontinuierlich aus; besonders seit dem Herbst 2015 wird sie in der Öffentlichkeit immer präsenter. Die am 11. November dieses Jahres abgehaltene Jahresvollversammlung der JK besuchten mehr als 11.000 TeilnehmerInnen. Premierminister Abe schickte der Massenveranstaltung, die im ehemaligen Olympiastadion stattfand, eine Videobotschaft, die auf einer riesigen Leinwand übertragen wurde. Überall begannen Straßenkampagnen und wurden „Verfassungs-Cafés“ eröffnet. Bei den oft auch „Plauder-Café“ oder „Mädels-Café“ genannten Gruppentreffen sollen sich junge Menschen einfach „zwanglos“ unterhalten können. „Café“-Besucher sollen dabei die Ideologie der JK kennenlernen. Weiterhin führt die JK landesweite Unterschriftensammlungen durch. Die Sammlung von Unterschriften war bislang vorwiegend eine Praxis linker Bürgerbewegungen gewesen, die traditionellen Rechten waren zuvor nie auf diese Idee gekommen. Die JK und ihre MitstreiterInnen wollen nun eine Petition im Parlament einreichen, in der sie die sofortige Durchführung eines Referendums zur Verfassungsrevision fordern.

Viele JapanerInnen besuchen zum Neujahr Shinto-Schreine, um dort für Glück und Gesundheit zu beten. Die JK nutzte 2016 diese Tradition, um auf dem Gelände der etwa 80 000 Schreine im ganzen Land Unterschriftensammlungen durchzuführen. Seit Mai 2016 ziehen „Karawanen“ durch das Land, um die Bürger „aufzuklären“. Im Oktober 2016 bildete sich innerhalb der JK ein Komitee, der „Forschungsausschuss Geschichtsbewusstsein“. Er behauptet, dass das Eingeständnis der Armee, von etwa 1930 bis 1945 in Korea die Zwangsprostitution der sogenannten „Trostfrauen“ organisiert<sup>9</sup> sowie Massentötungen an der

<sup>9</sup> Die japanische Armee entführte zahlreiche koreanische Frauen, entweder unter dem Vorwand, sie in Fabrik beschäftigen zu wollen, oder durch Anwendung unmittelbarer Gewalt. Sie brachte die verschleppten Mädchen in eigens dafür gebauten Bordellen unter, wo sie zum Geschlechtsverkehr mit Soldaten gezwungen wurden. Die japanische Regierung räumte 1993 ein, dass die Kaiserliche Armee systematisch an diesen Verbrechen beteiligt gewesen sei, und entschuldigte sich. Die Mitglieder der politischen Rechten und der JK lehnen dies als „eine unbegründete Verleumdung“ ab.

chinesischen Zivilbevölkerung vollzogen zu haben (etwa das Nanjing-Massaker, in dem ab Dezember 1937 Hunderttausende Zivilisten ermordet wurden), die japanische Außenpolitik beeinträchtigt und die Ehre des Landes verletze. Die „Forscher“ im Ausschuss versuchen, durch „ihre Fakten“ zu belegen, dass es diese Verbrechen nicht gegeben habe. Seit 2017 steht die Aktion „Danke, Verteidigungsarmee!“ im Vordergrund: Aktionsteilnehmer hängen Plakate auf, verteilen Flugblätter und singen Lieder zum Lob der Armee. Sie besuchen Kasernen, um den Soldaten persönlich „Danke schön!“ zu sagen. Solche Szenen werden aufgenommen und ins Netz gestellt.<sup>10</sup>

## Was ist die Japan-Konferenz?

Was sind das für Leute, die sich an solchen Straßenkampagnen beteiligen? Welche Leute kommen zum „Verfassungs-Café“? Was steckt hinter der Popularität der Japan-Konferenz? Gerade im Sommer 2015, in dem die JK auf dem Vormarsch war, ereignete sich eine – jedenfalls für mich – aufregende Begebenheit. In der Nacht vom 18. zum 19. September beendete die Liberal-Demokratische Partei (LDP) alle Diskussionen im Unterhaus über den Entwurf eines neuen Sicherheitsgesetzes und verabschiedete das Gesetz auf Grundlage ihrer parlamentarischen Mehrheit. Dieses Gesetz erlaubt es, japanisches Militär in Drittländer zu entsenden. Schon seit Anfang Juli hatte es wachsende Proteste gegen den Gesetzentwurf gegeben, die am 30. August ihren Höhepunkt erreichten. Der Platz vor dem Parlamentsgebäude war an diesem Tag voller DemonstrantInnen, nach Angaben der Organisatoren 120.000 Menschen. Nicht nur in Tokio, auch in vielen anderen Städten fanden Protestkundgebungen statt.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> YouTube-Video: „Danke schön, Selbstverteidigungsarmee!“; Text: „Wir leben in Frieden. Dank der Selbstverteidigungsarmee leben wir in Frieden. Danke schön! Danke schön, liebe Soldaten!“; [<https://www.youtube.com/watch?v=2wJc4QoX6JA>].

<sup>11</sup> Um die Wiederholung von Verbrechen, wie sie im Rahmen der Militärintervention während des Zweiten Weltkriegs verübt wurden, zu verhindern, verbietet die japanische Verfassung einen Angriffskrieg und den Aufbau der dafür nötigen Streitkräfte (Artikel 9). Japan darf seine Streitkräfte nur zur Selbstverteidigung einsetzen. Im Kern des neuen Gesetzes für die „kollektive

Während die Zahl der Demonstrationen anwuchs, erschienen im Internet immer mehr hasserfüllte Kommentare. Diese Angriffe geben Aufschluss über die Hintergründe der wachsenden Popularität der JK. In einer Kundgebung vor dem Parlamentsgebäude rief der Juraprofessor Asaho Mizushima (\*1953) aus: „Wir sind das Volk! Wir wollen den Rücktritt der Regierung!“<sup>12</sup> Mizushima muss den Slogan der Leipziger Montagsdemonstrationen zur Zeit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung gekannt haben, denn er war zu der Zeit in Deutschland und erlebte im November 1989 in Ost-Berlin den Mauerfall mit. Prompt reagierte Atsushi Iwata, ein Propagandist der JK (\*1983), der in einer Facebook-Botschaft die gleichen Worten, allerdings aus umgekehrter Perspektive, gebrauchte: „Wir – sind auch das Volk!“ Der 35-Jährige, er ist wie Mizushima Juraprofessor, schrieb in seinem Blog:

„Wir sind das Volk!“, geben diese Leute an. Ich möchte zu ihnen sagen: Das Volk besteht nicht nur aus Euch. Ihr sollt uns nicht ignorieren. Obwohl sie keine laute Stimme haben, unterstützen doch viele Menschen die Regierung. [...] Es ist schlicht arrogant von ihnen, [...] sie bilden sich ein, als hätten sie alleine Gerechtigkeit. Sie weisen alle Menschen anderer Meinung als „ungerecht“ ab. Ermordeten nicht auch die Nationalsozialisten die Juden im Namen der Gerechtigkeit?<sup>13</sup>

Bemerkenswert ist, dass Iwata die Regierungsanhänger als die bislang Ignorierten bezeichnet. Seine Leser teilen wohl dieses Gefühl, denn es folgen eine Reihe ähnlicher Kommentare. Unter der Schlagzeile „Abschied von der Herrschaft“ ermuntert eine Bloggerin oder ein Blogger die LeserInnen, „einen Schritt mit den eigenen Füßen“ zu machen.<sup>14</sup>

Selbstverteidigung“ steht die Bestimmung, dass Japan seine Soldaten in Staaten schicken kann, in denen die US-Armee angegriffen wird. Die Verteidigung der Vereinigten Staaten dient laut Premierminister Abe letztlich dem Schutz Japans. Um militärische Aktionen im Ausland zu ermöglichen, möchte die Regierung den 9. Artikel also „uminterpretieren“ – oder besser gesagt: abschaffen. Vgl. die deutsche Übersetzung der japanischen Verfassung, [<http://www.verfassungen.net/jp/verf47-i.htm>].

<sup>12</sup> Die Rede von Mizushima: [<https://iwj.co.jp/wj/open/archives/255866#idx-1>] / [<https://iwj.co.jp/wj/open/archives/255866>].

<sup>13</sup> Blog von Iwata am 5. August 2015: [<http://blogos.com/article/126353/>].

<sup>14</sup> Vgl. [<https://blogs.yahoo.co.jp/countrylife0/55506711.html>].



Sie oder er scheint die Beteiligung an der JK als eine Bewegung der Schwachen gegen die Starken zu empfinden. Tatsächlich fühlen sich in der japanischen Gesellschaft immer mehr Menschen benachteiligt. Dafür gibt es mehrere Gründe: Ein entscheidender Faktor ist die Zunahme prekärer Beschäftigung. Premierminister Abe prahlte im Oktober 2016, dass die Anzahl der Erwerbstätigen dank seiner *Abenomics* zugenommen habe.<sup>15</sup> Das Ministerium für Innere Angelegenheiten und Kommunikation veröffentlichte allerdings im Januar 2017 Daten, die dem Eigenlob Abes widersprachen: Die Gesamtzahl der ArbeitnehmerInnen ist von 2006 bis 2016 zwar gestiegen. Aber die Zahl der Festangestellten ging von 34.490.000 auf 33.640.000 zurück, während die der befristet Beschäftigten um 2,8 Millionen stieg. In den letzten zehn Jahren ging zudem die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander.

Zurück zum Thema „Bürgerprotest“: Ich frage mich, ob es für die Deutschen, die ja eine Integration der Bundeswehr in das internationale Bündnis der NATO gewohnt sind, nachvollziehbar ist, warum sich so viele Japaner wegen einer Gesetzgebung zur „gemeinsamen Verteidigung“ (in der Praxis mit den USA) aufregen. Die Erklärung dafür ist, dass es dabei nicht nur um militärische Fragen im engeren Sinne, sondern auch und vor allem um die kollektive Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg geht. Bekanntlich redet Japan nicht gerne von der eigenen Kriegsverantwortung. Aber viele, die der Antikriegsbewegung angehören, sind davon überzeugt, dass der gleiche Fehler niemals wieder passieren darf und dass deshalb alles, was zu einem offenen Krieg führen könnte, vermieden werden muss. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Erhaltung des Friedens immer als Frage höchster Priorität betrachtet, die auch ansonsten apolitische BürgerInnen mobilisieren konnte. Das ist gerade der Grund dafür, dass sich die JK mit aller Kraft

<sup>15</sup> „Abenomics“ ist eine Zusammensetzung des Nachnamens des Premierministers Abe und des englischen Begriffs „economics“. Abenomics zielt darauf, durch die Förderung der Geldzufuhr, die Erhöhung der Subventionen für öffentliche Unternehmen, die Senkung der Zinssätze und die Erhöhung der Staatsanleihen die Wirtschaft anzukurbeln. Die Reallöhne sind dadurch nicht gestiegen.

darum bemüht, Sympathien für die Streitkräfte zu wecken. Deshalb hebt sie die Hilfsbereitschaft und den selbstlosen Einsatz der Soldaten hervor. Als bestes Beispiel für die Tapferkeit von Soldaten greift die JK gern den Fall Fukushima auf, in dem Soldaten für die Rettung der Opfer eingesetzt wurden. Auf ihren Plakaten verwendet sie immer wieder Fotoaufnahmen von Soldaten als Retter. Die JK nutzt das humane Mitgefühl, um ihre Ideologie zu verbreiten, die weder mit dem Tsunami noch mit dem Reaktorunfall zu tun hat. Während die JK nach außen hin eine vermeintlich apolitische menschliche Hilfsleistung der Streitkräfte hervorhebt, wird intern unzweideutig ausgesprochen, dass alleine militärische Aktionen den Frieden Japans erhalten können. So verlautete bei einer Tagung der JK: „Der Frieden Japans bleibt nicht durch die Verfassung, sondern durch die in Japan stationierte US-Armee und die Selbstverteidigungstreitkräfte erhalten.“<sup>16</sup>

Trotz der militärisch-autoritären Ideologie zieht die JK immer mehr Menschen an, die sich selbst als zur bestehenden Gesellschaft nicht zugehörig verstehen. Für sie bietet die JK eine Möglichkeit, an einer Art „Gegengesellschaft“ teilzunehmen. Insofern stellt die JK ein neues, aktuelles Phänomen dar, das sich von ihren Vorläufern unterscheidet. Die von der JK herausgegebenen Lesematerialien mit ihren Manga-Zeichnungen lassen klar erkennen, dass sie vor allem an junge Menschen adressiert sind. Ihre Unterschriftensammlungen richten sich an anonyme Individuen auf der Straße, nicht an Angehörige einer Ortsgemeinschaft oder Mitglieder einer Gewerkschaft. Der bereits erwähnte Schriftsteller Tawara charakterisiert die JK als Graswurzelbewegung, die auf der Eigeninitiative selbstständig agierender BürgerInnen basiert. In der Tat sind die landesweiten Straßenkampagnen oder Unterschriftensammlungen nicht direkt von der Zentrale instruiert, sondern werden von den Ortsgruppen eigenständig organisiert und durchgeführt.

<sup>16</sup> Vgl. [<https://www.sankei.com/column/news/141019/clm1410190002-n1.html>], 19. Oktober 2014, [[https://www.youtube.com/watch?v=VExmtG5\\_9m4&feature=youtu.be](https://www.youtube.com/watch?v=VExmtG5_9m4&feature=youtu.be)], 13. August 2015, [<http://www.yushi-kokusai.jp/library/231>], 8. Januar 2016, [<https://seikidenron.jp/articles/824>], 15. Juni 2017, [<https://www.sankei.com/column/news/180111/clm1801110009-n1.html>], 11. Januar 2018.

Die LeiterInnen der „Verfassungs-Cafés“ handeln unabhängig voneinander. In dieser Hinsicht beschreibt Tamotsu Sugano, ein scharfer Kritiker der JK, in seinem viel diskutierten Buch die JK als „demokratische“ Bewegung, die aber, sobald man ihr Gelegenheit dazu gebe, die Demokratie töten würde.<sup>17</sup> Die JK breitet sich in letzter Zeit aus, aber es ist schwer einzuschätzen, wie weit sie verbreitet ist. Denn es gibt keine feste Mitgliedschaft, und es bleibt unklar, wo die Grenze zwischen TeilnehmerInnen und Außenstehenden verläuft. In dieser Hinsicht ist die JK eher als Netzwerk denn als Organisation zu betrachten.

Zum Schluss muss jedoch erwähnt werden, dass nicht nur die Zahl der AnhängerInnen, sondern auch die der KritikerInnen zunimmt.<sup>18</sup> Die Bürgerinitiativen, die die Verfassung erhalten wollen, treten immer entschlossener auf und werden immer aktiver. 2016 wurde ein halbes Dutzend kritischer Bücher zur JK publiziert, einige wurden sogar Bestseller.<sup>19</sup> Dies zeigt, dass viele BürgerInnen über die Verbreitung der JK besorgt sind. Die japanische Gesellschaft polarisiert sich.

<sup>17</sup> Tamotsu Sugano, *Nippon Kaigi no kenkyu* (Eine Studie zur Japan Konferenz), Tokio 2016.

<sup>18</sup> Tawara interpretiert die Japan-Konferenz als Reaktion auf die stark gewordene Bürgeropposition. 2004 haben neun bekannte SchriftstellerInnen, unter ihnen der Nobelpreisträger Kenzaburo Oe und die Dokumentar- und Romanautorin Hisae Sawachi, „Die Gesellschaft für den 9. Artikel (9jo-no-kai)“ ins Leben gerufen, die in Gegnerschaft zur Regierung die Verfassung erhalten will. 2004 bildeten sich laut Tawara 5.000 Bürgerinitiativen. Die Anzahl der Gruppen stieg bis 2016 auf 7.500: Tawara, *Eine Gesamtgeschichte* (wie Anm. 3), S.109 f.

<sup>19</sup> Die Buchtitel in deutscher Sprache: Satoshi Uesugi, *Was ist die Japan-Konferenz?* (Mai 2016), Tamotsu Sugano, *Eine Studie* (wie Anm. 17) (Mai 2016), Yoshifumi Tawara, *Eine Gesamtgeschichte* (wie Anm. 3) (Juni 2016), Muneo Narusawa, *Die Japan-Konferenz und der Nationale-Shinto-Glaube Japans* (Juni 2016), Masahiro Yamazaki, *Die Japan-Konferenz – ihre fanatische Leidenschaft für die Rückkehr in die Vorkriegszeit* (Juli 2016), Osamu Aoki, *Das wahre Gesicht* (wie Anm. 4) (Juli 2016), Nobuyuki Matsutake, *Das Gesichtsbild der Japan-Konferenz* (September 2016), Tamotsu Sugano (Hg.), *Eine Gesprächsrunde über die Japan-Konferenz* (Dezember 2016).